

Ergebnisprotokoll der 243. Stadtteilgruppe Tenever
(Entwurf bis zur Beschlussfassung durch die 244. Stadtteilgruppensitzung)

Ort: KiTa Kinderhafen, Pfälzer Weg 5
Datum: 06.03.2019 (17.00 – 19.30 Uhr)
Teilnehmer*innen: 40
Leitung: Katrin Höpker
Protokoll: Friederike Lünemann

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Termine und Ankündigungen
2. Aktuelle Fragen und Anliegen der Bewohner*innen
+ Fehlende Nahversorgung in Tenever: Wie geht es weiter?
+ Arbeitslosenzentrum (ALZ)
+ NW1 und NW 3
3. Protokollgenehmigung der 241. und 242. Sitzung
4. Projektanträge WiN/Soziale Stadt/LOS 2019
+ Ferienprogramm 2019 (St. Petri)
+ Gesprächskreis für Mütter in russischer Sprache (Freundeskreis Haus der Familie e.V.)
+ Gesunde Ernährung im Familienalltag (VHS Ost/ HdF)
+ Zuhause in der Fremde (Mütterzentrum Tenever)

1. Begrüßung, Termine und Ankündigungen

- Internationaler Frauentag in der ev. Trinitatisgemeinde am 08.03.2019 (AG Frauen)
- Frauenbadetag im OTeBad am 09.03.2019 von 12:30 bis 15:30 Uhr
- Klimaquartier „Ideenwerkstatt statt Kaufrausch“ im Ellener Hof am 09.03.2019 von 11 - 15 Uhr
- Demo für das Menschenrecht auf Wohnen: „Die Stadt muss allen gehören!“ am 23.03.19
- Aktivtag für Frauen im OTeBad am 23.03.2019 von 12:30 bis 15:30 Uhr
- Frauenbadetag im OTeBad am 30.03.2019 von 12:30 bis 15:30 Uhr
- KinderPoolParty im OTeBad am 06.04.2019 von 12:30 bis 15:30 Uhr
- Die Friedenslichterkette auf dem Marktplatz des Schweizer Viertels wird weiterhin freitags von 17:30 bis 18:30 Uhr abgehalten.

2. Aktuelle Fragen und Anliegen der Bewohner*innen

Frau Höpker berichtet, dass von nun an alle Protokolle der Stadtteilgruppensitzung auf der Internetseite Soziale Stadt Bremen www.sozialestadt.bremen.de veröffentlicht werden.

a. Fehlende Nahversorgung in Tenever: Wie geht es weiter?

Die fehlende Nahversorgung ist nach dem Weggang von ALDI und nach Beendigung des Stadtumbaus u.a. das relevante Thema in Tenever. Das überarbeitete „kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept“ des Baurechtsamtes liegt nach wie vor nicht vor.

Herr Schumann informiert über das weitere Vorgehen der GEWOBA zur Entwicklung ihrer Fläche nördlich der Otto-Brenner-Allee. Aktuell bestehe kein Bebauungsplan für diese Fläche und somit kein Baurecht, dieses muss geschaffen werden, damit Planungs- und Nutzungssicherheit besteht.

In einer vorangegangenen Stadtteilgruppensitzung sei Herr Bürgermeister Sieling die bestehende Unzufriedenheit der Bewohner*innen bezüglich der fehlenden Nahversorgung in Tenever vorgetragen

worden. Zur Gewährleistung einer Lösung veranlasste Herr Sieling ein Gespräch im Rathaus zwischen der Senatskanzlei (Herrn Prange), Vertretern der Bauverwaltung und der GEWOBA, um den Prozess zu beschleunigen. Die Bauverwaltung hat zugesagt, dass sie eine Vertiefungsstudie beauftragt, zur Klärung der Möglichkeiten auf der Fläche nördlich der Otto-Brenner-Allee.

Die GEWOBA wird ein Planungsbüro beauftragen, mit dem Ziel, was kann neben Einzelhandel an der Stelle sinnvoll sein und entwickelt diesen Standort weiter. Gleichzeitig hat die GEWOBA entschieden, dass dann am Standort Tenever – zusammen mit den in Fertigstellung befindenden Wohnungen auf der anderen Seite der Otto-Brenner-Allee– genug gebaut wurde. Die verbleibende Fläche im Nordquartier soll als Grünfläche erhalten bleiben. Die Weiterführung der Stadtteiler (Die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen gGmbH) und das „Urban Gardening-Projekt QuerBeet“ (TNU e.V.) werden als sinnvoll erachtet.

Darüber hinaus ist ein Beteiligungsverfahren/Workshop o.ä. geplant, bei dem Akteure eingebunden werden, um gemeinsame Bedarfe (beispielsweise das Aufstellen eines Geld- und Kontoauszugsautomat etc.) zu benennen und Ideen zu entwickeln.

Die Entwicklung auf dem Restgrundstück an der Koblenzer Straße (AWO Kita Koblenzer Straße) wird aufgrund der geringen verbleibenden Fläche als nicht sinnvoll erachtet und somit nicht weiter verfolgt. Eine Bebauung mit einem kleineren Anbieter würde von einer Bebauung bzw. Nutzungsfläche im Nordquartier „abgezogen“.

Die GEWOBA konzentriert sich auf die Entwicklung des Nordquartiers und Herr Schumann vermutet, dass bis zu der Fertigstellung einer Nahversorgung, mit etwa drei bis fünf Jahren zu rechnen ist.

Frau Lott fragt, wenn es in der Vergangenheit bereits eine Nahversorgung auf der Fläche gegeben habe, wieso sei dies jetzt nicht mehr möglich? Herr Schumann erläutert, dass es für das Nordquartier bereits erste Planungen für eine mögliche Bebauung gegeben hat. In diesem Zusammenhang sei Lidl im Gespräch gewesen. Die Planung wurde eingestellt, da sie an den Flächennutzungsanforderungen des Anbieters scheiterte. Laut bestehenden Zentrenkonzept ist eine Bebauung bis zu einer Größe von 800 qm² möglich.

Frau Suchopar ist der Auffassung, dass es wichtig sei, die Behörde mit Aktionen weiterhin unter Handlungsdruck zu setzen. Diese gelte es gemeinsam zu überlegen. Sie schlägt vor, eine in ihrer Mobilität eingeschränkte Bewohnerin beim Aufsuchen einer Nahversorgung medial zu begleiten. Zudem hält sie es für denkbar eine Demonstration vor der Baubehörde zu organisieren.

Herr Schumann schlägt eine regelmäßige Mahnwache mit Transparenten mit der Inschrift „Wir warten auf eine Nahversorgung“ abzuhalten, vor.

Es bildet sich eine Gruppe von Bewohner*innen und Aktiven, die sich der Organisation der Aufgaben annehme.

Frau Zockoll möchte wissen ob Herr Schumann es als sinnvoll einschätze Druck zu erzeugen.

Herr Schumann bedauert es, dass das Personal in der Verwaltung aus seiner Sicht die Leidenschaft verloren habe und vornehmlich daran orientiert sei Prozesse abzuarbeiten. Früher haben beispielsweise Vertreter aus der Bauverwaltung regelmäßig an der Stadtteilgruppensitzung teilgenommen, was wiederum schnellere Wege ermöglichte. Heute ginge alles seinen bürokratischen Gang.

Zu gegebener Zeit ist es denkbar eine Vertretung der Bauverwaltung in die Stadtteilgruppensitzung einzuladen, welche den Stand des Genehmigungsverfahrens erläutere.

Herr Haase teilt mit, dass die AG Wahlbeteiligung am selbigen Morgen getagt habe. Diese habe sich dazu entschieden vor der nächsten Stadtteilgruppensitzung am 24.04. auf dem Pfälzer Weg ein „Wohnzimmergespräch“ mit Ortspolitikern und Bürgerschaftsabgeordneten, u.a. mit dem Thema Nahversorgung, durchzuführen. Hierbei sollte Presse anwesend sein.

Frau Höpker fasst zusammen, dass sich bezüglich einer Nahversorgung in Tenever etwas tut, gleichzeitig jedoch alles getan werden müsste, was zu einer Beschleunigung beitrage. Die Bauverwaltung wird eine Vertiefungsstudie für diese Fläche veranlassen, sodass Baurecht geschaffen werden kann und Planungssicherheit besteht. Wie die Entwicklung des Nordquartiers aussehen kann, wird ein Planungsbüro erarbeiten.

Darüber hinaus haben sich Bewohner*innen zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen, um mit besonderen Ideen öffentlichkeitswirksam auf „die fehlende Nahversorgung in Tenever“ immer wieder hinzuweisen.

Frau Primel fragt nach, ob bezüglich einer möglichen Übergangslösung in Form einer „ohne Fahrschein nutzbaren Zone“ in Absprache mit der BSAG ein Fortschritt erzielt werden konnte. Frau Höpker informiert, dass dies derweil noch nicht der Fall wäre.

b. Arbeitslosenzentrum (ALZ)

Herr Riebe informiert, dass in der Neujahrsnacht die Mülltonnen in der Wormser Straße 10 gebrannt hätten. Die Rauchentwicklung habe im Café des Arbeitslosenzentrums große Schäden angerichtet. Aktuell sei das Café nach Renovierung wieder geöffnet und die niedrigschwellige sozialrechtliche Beratung, die Migrations- und die Schuldnerberatung finden statt.

Bezüglich der Aufrechterhaltung des Standorts gibt sich Herr Riebe nach dem neuesten Gespräch mit der Bremischen evangelischen Kirche (Träger der Einrichtung) zuversichtlich, dass das Angebot weiter bestehen bleibt, sowohl das Beratungsangebot als auch das offene Café. Es wird nach weiteren Kooperationspartnern gesucht. Sinnvoll sei es über eine eventuelle Namensänderung nachzudenken.

Frau Akbulut fragt ob die „sozialrechtliche Beratung für Frauen“ weiterhin bestehe? Herr Riebe teilt mit, dass diese aktuell nicht vorgehalten werden könne, da die Mitarbeiterin die diese bis dato angeboten habe, nicht mehr beim ALZ angestellt sei.

Frau Höpker informiert dazu, dass die agab e.V. (Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger in Bremen) ab dem 05.03.19 montags und donnerstags offene sozialrechtliche Beratung im ZIBB (St.-Gotthard-Straße) anbietet.

c. Misstände in der Neuwieder Straße 1 und 3

Neuwieder Straße 3 / BGP Gruppe:

Aktuell besteht ein massiver Renovierungs- und Instandsetzungsstau und Verantwortlich bzw. Ansprechpersonen der Wohnungsverwaltungsgesellschaft BGP-Gruppe sind schwer bis nicht erreichbar. Eine Bewohnerin berichtet über massiven Schimmelbefall in ihrer Wohnung. Sie habe bereits mehrfach bei der Wohnungsverwaltung angerufen, aber leider erfolgt keine Rückmeldung bzw. Beseitigung. Die Bewohnerin ist erkrankt und leidet sehr unter der Situation.

Frau Zockoll erinnert daran, dass bereits eine Sperre seitens des Jobcenters bezüglich der Kostenübernahme bei Wohnungsneuvermietung bestanden habe. Sie äußert den Vorschlag eine Mietminderung vorzunehmen und fragt, ob die Mieter*innen Unterstützung hätten? Eine Mietminderung wäre das einzige Druckmittel was vorhanden ist, um die Wohnungsgesellschaft zum Beseitigen der Misstände zu bewegen.

Frau Heidemann-Neitz betont in diesem Falle die Relevanz eines ärztlichen Attests um das Risiko einer möglichen Wohnungslosigkeit abzuwenden.

Es wird diskutiert, wie hilfreich eine Mieterversammlung ist und was diese bewirken kann? bzw. wer kann fachlich die Hinweise geben, um die Mieter*inne zu unterstützen? Z.B. Fachanwalt für Mietrecht oder Mieterschutzbund e.V., Verbraucherzentrale o.ä.

Frau Zockoll ist der Auffassung, dass juristische Klarheit Grundvoraussetzung für jegliches Handeln sei. Frau Höpker schlägt vor die Verbraucherzentrale einzuschalten. Es brauche Professionelle, die den Verlauf der Sachlage dokumentieren und Druck gegenüber der Wohnungsbaugesellschaft aufbauen. Sie hält es auch für möglich seitens der agab e.V. diesbezüglich Unterstützung zu erfahren.

Zudem bittet sie diejenigen Anwohner*innen die anwesend sind auf, sich zu der Situation zu äußern.

Eine Anwohnerin schildert, dass in ihrer Wohnung Schimmel sei, der immer wieder komme. Insbesondere aufgrund ihrer Asthmaerkrankung stelle dieser eine enorme Belastung dar. Während in der Neuwieder Straße 1 eine Trockenmaschine aufgestellt wurde, fehle eine solche in der Neuwieder Straße 3. Die Fenster seien undicht und es regne hinein.

Frau Lott äußert, dass es in einer derart akuten Krankheitssituation eventuell denkbar sei in eine Wohnung der GEWOBA umzuziehen.

Ein Bewohner äußert, dass eine entsprechende Lüftungsweise der Vermieterin klar dargestellt werden müsse, um dieser die Argumentationsgrundlage streitig zu machen.

Herr Schumann ergänzt, dass die Entstehung von Schimmel statistisch gesehen oft die Ursache einer defizitären Lüftung sei. Durch Messungen sei es möglich festzustellen, ob dies der Fall sei oder ein fehlerhaftes Mauerwerk Grundlage für die Entstehung von Schimmel sei.

Frau Westerwelle fragt sich, wenn die Fenster so undicht sind, dass Regen rein kommt, wie kann es dann ein Lüftungsproblem geben?

Herr Pilz schlägt den betroffenen Mieter*innen das Verfassen eines Sammelschreiben vor und dieses per Einschreiben mit Gegenzeichnung zu versenden. Dann ist gewährleistet, dass die Mängel-Meldungen Beachtung finden. Er verweist auf „Mieter helfen Mieter e.V.“.

Neuwieder Straße 1 / Grand City Property (gcp):

Eine Bewohnerin berichtet über die Mieterhöhungen in der Neuwieder Str. 1. Sie zahle beispielsweise für 92 m² 924 € Warmmiete. Ihre Schwägerin zahle für die gleich m²-Zahl im Haus 1.055 € Warmmiete.

(Diese Mieterhöhungen sind von gcp zurückgenommen.) Im Vorjahr wurden die Heiz- und Nebenkosten angehoben. Sie berichtet, dass es trotz mehrfacher Schreiben keine Antwort zur Klärung gab. Sie hat „Mieter helfen Mieter“ aufgesucht und auch nach diesem Schreiben, gab es keine Antwort.

Die bis dato mittwochs zwischen 14 - 16 Uhr angebotene Mieter*innensprechstunde wurde in die Hermann-Fortmann-Straße in Bremen-Nord (Grohner Düne) verlegt.

Frau Suchopar berichtet erneut über die auf dem Fußweg stehenden Müllcontainer der Neuwieder Str. 1 hin, diese behindere besonders Menschen mit Rollatoren, Kinderwagen u. ä.

Herr Hagemann teilt einen Fall in der Lausanner Straße mit, indem die Mietkosten um 170 € erhöht worden seien. Die erhöhte Miete sei jetzt zu hoch um vollständig seitens des Jobcenters übernommen zu werden.

Auf Nachfrage einer Bewohnerin äußert Herr Schumann, dass der m²-Preis bei den Wohnungen der GEWOBA aktuell bei unter 10 € warm liege. Im Bereich der gut sanierten Wohnungen läge der Preis bei 8,50 €/m², in der Neuwieder Str. 23 noch darunter.

Eine Bewohnerin spricht die in der Vergangenheit bestandene Mietkostenübernahesperre (vom Jobcenter) in der Neuwieder Str. 3 an, die eine Sanierung zur Folge hatte, die in der Neuwieder Str. 1 nicht durchgeführt wurde.

PAUSE

3. Protokollgenehmigung der 241. und 242. Sitzung

Das Protokoll der 241. Sitzung wurde genehmigt. Das Protokoll der 242. Sitzung wird in der Aussage von Sophie Schleinitz korrigiert. Ihre Aussage zur Bewohner*innenbefragung zum Thema Freizeitgestaltung an den Wochenenden bestand darin, dass Einkaufsmöglichkeiten (fehlende Nahversorgung) ein drängendes Thema der Bewohner*innen sei und auch in beinahe jedem Gespräch thematisiert wurde. Dies (Nahversorgung und Freizeitgestaltung) steht aber nicht gegeneinander sondern nebeneinander.

4. Projektanträge aus WiN/Soziale Stadt/LOS

Ferienprogramm Tenever 2019 (St. Petri Kinder- und Jugendhilfe gGmbH, Spielhaus Treff KiTa Bremen)

Mit den geplanten Ferienaktivitäten werden Kinder, Jugendliche und deren Familien die Möglichkeit gegeben, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. An kreativen und vielfältigen Aktionen teilnehmen und in der Gemeinschaft mit anderen Menschen erlebnisreiche Stunden und Tage erleben. In diesem Jahr sind Fahrten in den Heide Park o.ä. geplant. Die Familien können die Nordsee mit ihren Gezeiten erleben und Naturerfahrungen auf dem Kinderbauernhof oder in der Kinderwildnis sammeln. Gemeinsame Übernachtungen, Kreativangebote und Werkstätten tragen zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls bei. Die Stadtteilgruppe stimmt im Konsens dem Projekt zu und befürwortet eine WiN-Zuschuss von 10.000 € (Gesamtkosten 11.000 €).

Gesprächskreis für Frauen/Mütter in russischer Sprache mit Kinderbetreuung (Freundeskreis HdF e.V.)

Das Projekt ist ein verbindliches Gruppenangebot im HdF für Frauen/Mütter, insbesondere für Alleinerziehende. Die Mütter werden durch eine erfahrene Sozialpädagogin und Familienhelferin in ihren erzieherischen Kompetenzen gefördert und erhalten gezielte Beratung und praktische Unterstützung bei der Bewältigung des familiären Alltags und einem gegenseitigen Austausch (Hilfe zur Selbsthilfe). Themen sind u.a. Erziehung, Gesundheit, frühe Förderung von Kindern, häusliche Gewalt, Konflikte mit Kindern in der Pubertät, Freizeitangebote für Kinder, Tagesbetreuung sowie Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche. Die Kinderbetreuung hat in Russland eine Musikpädagogische Ausbildung absolviert. Die Kinder lernen russische Lieder und Tänze und führen diese auf. Die Mütter werden beim Gestalten der Kostüme und des Bühnenbilds miteingebunden.

Die Stadtteilgruppe stimmt im Konsens dem Projekt zu und befürwortet eine WiN-Förderung von 3.765 €.

Gesunde Ernährung im Familienalltag (VHS / Regionalstelle Ost)

Eine wichtige Voraussetzung für eine optimale kindliche Entwicklung ist eine gesunde Ernährung. Doch woher wissen Eltern, welche Kost für eine optimale Entwicklung ihres Kindes (je nach Lebensalter) gut ist und welche Lebensmittel für ihr Kind verträglich bzw. unverträglich sind? In vielen Familien findet das Kochen und das regelmäßige, gemeinsame Einnehmen von Mahlzeiten im ursprünglichen Sinne heutzutage nicht mehr statt. Stattdessen wird auf Fertigprodukte und -gerichte zurückgegriffen und Mahlzeiten werden beim Fernsehen eingenommen. Oft fehlt es auch an den Ressourcen Geld und Zeit, vor allem bei vielen (berufstätigen) Alleinerziehenden, die jedoch einer gesunden Lebensführung zuträglich sind. Um Eltern für das Thema "Gesunde Ernährung von Kindern" zu sensibilisieren und ihnen sowohl theoretische als auch praktische Kenntnisse zu einer gesunden Kinderkost zu vermitteln, ist die Einrichtung des Projektangebots "Gesunde Ernährung im Familienalltag" vorgesehen.

Die Stadtteilgruppe stimmt im Konsens dem Projekt zu und befürwortet eine WiN-Förderung von 896 €.

Zuhause in der Fremde (Mütterzentrum Osterholz Tenever e.V.) Das Projekt ist ein Teilprojekt im OTe Bildungszentrum und unterstützt Menschen mit Migrationshintergrund zur Bewältigung ihres Lebens- und Berufsalltag. Probleme in der Familie werden mit Hilfestellungsangebote, z. B. Kinderbetreuung etc. bearbeitet.

Der Gesprächskreis „Zuhause in der Fremde“, ist ein Kurs zur beruflichen Orientierung indem die Lebensabläufe, Biografiearbeit und kulturelle Unterschiede besprochen werden. In dem Projekt werden insbesondere Frauen unterschiedlichen Alters auch geflüchtete Menschen unterstützt ihren Lebensalltag zu bewältigen. Die Deutschkenntnisse werden aufgebessert, Anträge, Formulare bearbeitet und die Frauen werden stabilisiert im Umgang mit Behörden. Im Weiteren plant die Gruppe Ausflüge insbesondere zur Bürgerschaft, um die politischen Parteien kennen zu lernen. Eine flexible Kinderbetreuung erleichtert die Teilnahme an dem Gesprächskurs.

Der Kurs "Zuhause in der Fremde" findet wöchentlich statt. Parallel dazu stehen von Montag bis Freitag die Räume für Beratungen zur Verfügung.

Die Stadtteilgruppe stimmt im Konsens dem Projekt zu und befürwortet eine WiN-Förderung von 4.000 €

Stadtteilgruppensitzungen 2019

16.01. | 06.02. | 06.03. | 24.04. | **19.06.** (nicht 12.06.) | Sommerferien | 18.09. | 23.10. | 04.12.

Alle Anträge müssen 3 Wochen vorher beim Quartiersmanagement digital vorliegen.

25.03.2019, Friederike Lünemann